



## Antrag

Fraktion DIE LINKE

### Bestandsobergrenzen für Tierhaltungen einführen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, über die Bundesregierung bzw. über den Bundesrat initiativ zu werden mit dem Ziel, dass auf Bundesebene ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, um Obergrenzen für Nutztierbestandsgrößen pro Standort und Bestandsdichten für Regionen zu definieren, die folgende Anforderungen erfüllen:

1. Die Berücksichtigung der ökologischen Belastbarkeit der Umgebung, insbesondere bezogen auf die verfügbare Flächenkapazität zur Bereitstellung von Futter sowie für eine nachhaltige, wirtschaftliche und schadlose Ausbringung von Gülle und landwirtschaftlichen Reststoffen,
2. die Minimierung der Lebewandtransporte und die Optimierung der Haltungsbedingungen der Tiere,
3. das Risiko der Einschleppung und Verbreitung von Tierseuchen so gering wie möglich zu halten und die Umsetzung wissenschaftlich begründeter Bekämpfungskonzepte im Falle des Ausbruchs von Tierseuchen zu sichern,
4. die regional begründeten Obergrenzen für die Nutztierbestandsgrößen so auszurichten, dass europarechtliche Schutzvorgaben für Gewässer, Böden und Luft eingehalten werden und
5. ein Mitspracherecht der Bevölkerung und ihrer kommunalen Vertretungen vor Ort bei Standortentscheidungen zu erweitern und zu sichern.

### Begründung

Eine Begrenzung der Konzentration von Tierbeständen scheint von den politischen Entscheidungsträgern des Landes inzwischen nicht nur als Gebot der Vernunft, sondern auch als machbar erkannt worden zu sein. Eine solche klar definierte Obergrenze für die Konzentration von Tierbeständen erlaubt eine eher an den Boden gebun-

(Ausgegeben am 21.01.2015)

dene Tierhaltung und damit einen besseren regionalen Stoff- und Wirtschaftskreislauf in der Landwirtschaft, weniger Lebeweid-, Futter- und Gülletransporte, geringere Nitratbelastungen der Böden, eine bessere Verteilung der Arbeit im ländlichen Raum, mehr öffentliche Kontrolle, und schließlich mit Blick auf die gegenwärtige öffentliche Auseinandersetzung im Zusammenhang mit der Firma Straathof auch ein Mehr an Rechtssicherheit zum Wohle der natürlichen Umwelt, der Tiere und schließlich der Menschen.

Wulf Gallert  
Fraktionsvorsitzender